



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

49/2012 07.12.2012

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 102/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzrahmengesetz 2013 bis 2016** geändert wird

[BGBl I 103/2012 \(BFG 2013 samt Anlagen I-III, Anlage IV Personalplan 2013\)](#)

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (**Bundesfinanzgesetz 2013** – BFG 2013) samt Anlagen

[BGBl II 397/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Elektroaltgeräteverordnung geändert wird (**EAG-VO-Novelle 2012**)

[BGBl II 398/2012 \(Anhang I-X\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Qualität von Kraftstoffen und die nachhaltige Verwendung von Biokraftstoffen (**Kraftstoffverordnung 2012**)

[BGBl II 399/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, mit der die **Bildungsdokumentationsverordnung-Fachhochschulen** geändert wird

[BGBl II 400/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die Durchführung von Prüfungen zur Feststellung der geistigen und körperlichen Eignung von Aufnahmewerbenden in den Exekutivdienst und von Bewerbern und Bewerberinnen für bestimmte Verwendungen (**Eignungsprüfungsverordnung** – Inneres)

[BGBl II 401/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport über Militärluftfahrt-Personalausweise (**Militärluftfahrt-Personalverordnung 2012** – MLPV 2012)

[BGBl II 402/2012 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe M BUO 1 (**Grundausbildungsverordnung M BUO 1 2013**)

[BGBl II 403/2012](#)

Verordnung der Bundesregierung über den Aufwandsatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und kollektivvertragsfähigen freiwilligen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen (**Aufwandsatzverordnung**)

[BGBl II 406/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport **über die Stellungskommissionen**

[BGBl II 407/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über die **Feststellung der Ausgleichstaxe nach dem Behinderteneinstellungsgesetz** für das Kalenderjahr 2013

[BGBl II 408/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst über die Mindestsätze für die Bemessung der Ergänzungszulage für das Jahr 2013 (**Ergänzungszulagenverordnung 2013 – ErgZV 2013**)

[BGBl II 409/2012](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst über die **Höhe bestimmter veränderlicher Werte nach dem Pensionsgesetz 1965** für das Kalenderjahr 2013

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 330 v 30.11.2012, 1](#)

Beschluss des Rates vom 13. November 2012 über den Abschluss des **Ernährungshilfe-Übereinkommens** im Namen der Europäischen Union

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

20.09.2012, [U 179/12](#), [U 423/12 ua](#), [U 2109/11](#)

21.09.2012, [U 227/11](#), [U 1032/12](#)

26.09.2012, [U 741/12](#)

10.10.2012, [U 882/12](#)

AsylIG 1997, AsylIG 2005; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch eine Entscheidung des Asylgerichtshofes; **Unterlassung der Ermittlungstätigkeit** in entscheidungswesentlichen Punkten; **willkürliches Verhalten** des Asylgerichtshofes

26.09.2012, [U 165/12 ua](#)

AsylG 2005; AVG; Dublin II-VO; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des (Erst-)Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung eines afghanischen Staatsangehörigen nach Ungarn **mangels jeglicher Auseinandersetzung in einem entscheidungswesentlichen Aspekt** im Hinblick auf das Vorbringen des Beschwerdeführers zu seinem Aufenthalt in Griechenland; **ex-tunc-Wirkung der Aufhebung** dieser Entscheidung; daher auch Aufhebung der Entscheidung des Asylgerichtshofes über den Folgeantrag wegen objektiver Willkür

29.09.2012, [B 54/12 ua](#)

DatenschutzG; E-ControlG; Elektrizitätsbinnenmarkt-RL; Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsG; keine Verletzung im **Recht auf Datenschutz** durch Anordnung der **Übermittlung von Wirtschaftsdaten** der bf Elektrizitätsunternehmen an die **E-Control** zum Zweck einer Marktuntersuchung; gesetzliche Ermächtigung zur Datenerhebung im Zusammenhang mit den der E-Control als Regulierungsbehörde übertragenen Aufgaben der Überwachung und Aufsicht über den Elektrizitätsmarkt **hinreichend determiniert**

03.10.2012, [U 564/12](#)

AsylG 2005; Dublin II-VO; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Asylantrags und Ausweisung eines pakistanischen Staatsangehörigen nach Ungarn wegen Begründung der Entscheidung mit Ausführungen ohne jeglichen Begründungswert bzw grober Verkennung der Rechtslage

10.10.2012, [U 1606/11](#), [U 343/12](#), [U 1515/12](#)

AsylG 2005; AsylGHG; Verletzung im **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Abweisung des Antrags einer Asylwerberin auf internationalen Schutz in nichtöffentlicher Sitzung wegen **unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers** des AsylGH; zuständigkeitsbegründende Wirkung der Behauptung eines Eingriffs in die sexuelle Selbstbestimmung; inhaltliche Entscheidung über das Unterbleiben einer mündlichen Verhandlung durch **ein mit Richtern desselben Geschlechts besetztes Organ** zu treffen

21.09.2012, [U 883/12](#)

11.10.2012, [U 855/12](#)

AsylG 2005; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** in Bezug auf den Herkunftsstaat Afghanistan und Ausweisung mangels Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in der Heimatprovinz des Beschwerdeführers; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

B. Verwaltungsgerichtshof

22.10.2012, [2010/03/0014](#)

EisenbahnG; UmweltverträglichkeitsprüfungsG; Erteilung einer eisenbahnrechtlichen Baugenehmigung und einer wasserrechtlichen Bewilligung sowie einer Rodungsbewilligung; **Parteistellung einer Bürgerinitiative**; Beachtung der UVP bereits im Verfahren zur Erlassung der Trassenverordnung; Maßnahmen zur Einhaltung der Umweltverträglichkeit im eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren zu prüfen; div Einwendungen zu Grundwasserschutz, elektromagnetischen Feldern, Wildquerungsmöglichkeiten, Lärmimmissionen; **Notwendigkeit einer ergänzenden UVP** wegen einer Trassenverschiebung

25.10.2012, [2009/07/0125](#)

NÖ BauO; WasserrechtsG; rechtskräftiger Baubewilligungsbescheid keine „rechtsgültige Verpflichtung“ iSd § 50 Abs 1 WasserrechtsG anderer; Erhaltungspflicht bestünde nur dann, wenn es sich um eine Anlage iSd § 50 Abs 1 WasserrechtsG handeln würde

25.10.2012, [2011/07/0153](#)

WasserrechtsG; Verfahren zur Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für die Einbringung einer bestimmten Menge Räumschnee; beschränkte **Parteistellung des Fischereiberechtigten**; der Fischereiberechtigte kann nicht verlangen, dass eine beantragte Wasserbenutzung überhaupt nicht stattfindet, sondern ist darauf beschränkt, die Vorschreibung von Vorkehrungen und allenfalls die Zuerkennung einer Entschädigung zu verlangen; der bloße Verweis auf Schriftsätze aus anderen Verfahren ist nicht ausreichend; keine Befangenheit des SV

25.10.2012, [2012/07/0113](#)

AbfallwirtschaftsG; **DeponieVO**; Anpassung der **Sicherstellung infolge der Änderung des Konsenses** für die gegenständliche Bodenaushubdeponie; durch die Auffassung der belangten Behörde, es sei, weil der LH die bestehende Sicherstellung – entgegen § 47 Abs 9 erster Satz DeponieVO – nicht bis spätestens 31.10.2010 erlassen hat, bei der Berechnung nicht das offene Volumen am 01.01.2008 heranzuziehen, wurde die Rechtslage verkannt; nach der eindeutigen Regelung des § 47 Abs 9 DeponieVO ist für die Berechnung das „offene Volumen am 01.01.2008“ heranzuziehen

08.11.2012, [2010/04/0112](#)

ZustellG; wirksame **Zustellung durch Hinterlegung** gem § 17 ZustellG; Hinterlegung ist auch zulässig, wenn der Empfänger an der Abgabestelle anwesend ist, die Zustellung aber nicht möglich war, weil der Zusteller davon keine Kenntnis hatte; dabei ist wesentlich, dass der Zusteller Grund zur Annahme hatte, der Bf halte sich regelmäßig an der Abgabestelle auf; ausreichende Möglichkeit zur Behebung

12.11.2012, [2011/06/0134](#)

Bgld BauG; Antrag auf Erteilung einer **Baubewilligung** für die Errichtung eines hinterleuchteten **Wechselwerbeträgers**; mangelhaftes Gutachten hinsichtlich des Ortsbildschutzes

12.11.2012, [2010/06/0226](#)

AVG; **kein Beweis über den Verlauf und den Gegenstand der Verhandlung** mangels Vorliegens einer gem § 14 AVG aufgenommenen Niederschrift; Behörde hat durch geeignete Ermittlungen von Amts wegen den Beweis über den Inhalt der Amtshandlung aufzunehmen; erst nach Durchführung der entsprechenden Ermittlungen wird abschließend zu beurteilen sein, ob und welche Einwendungen der Mitbeteiligte tatsächlich erhoben hat

12.11.2012, [2012/06/0086](#)

Tir BauO; **Tir RaumordnungsG**; Straferkenntnis aufgrund der **Errichtung einer Wohneinheit** in einem Stall auf Freiland und **ohne Baubewilligung**; die **Schlüssigkeit der Beweiswürdigung** im Zusammenhang mit den eingereichten Plänen liegt nicht in der **Kontrollbefugnis des VwGH**; Bewilligungspflicht für die gegenständliche Art des Ausbaues gegeben

13.11.2012, [2009/05/0138](#)

Oö RaumordnungsG; Antrag des Eigentümers auf **Grundstücksumwidmung**; für das Vorliegen öffentlicher Interessen iSd § 36 Abs 2 Z 1 ROG fehlt es an einer nachvollziehbaren Begründung; **Baulandbedarf der Gemeinde** wurde nicht dargetan; **Stellungnahme des Ortsplaners** stellt keine Grundlagenforschung dar; Verdoppelung eines Baulandsplitters; Umwidmung eines über 2000 m² großen Grundstücksteils stellt keine Lückenschließung dar

13.11.2012, [2009/05/0236](#)

Wr ElektrizitätswirtschaftsG; Antrag auf Feststellung, die MP dazu zu verpflichten, die Anlage des Bf auf der Netzebene 6 anzuschließen; **Errichtung einer Privatleitung** aus sicherheitstechnischen Gründen nur dann vertretbar, wenn sich das zu versorgende Objekt und die betreffende Transformatorstation auf demselben Gelände befinden; für Anschlüsse, die ohnehin einer starkstromwegerechtigten Bewilligung bedürfen, erscheint eine Ausnahme gerechtfertigt; da aufgrund des Antrags des Bf eine Frage der allgemeinen Anschlusspflicht, nämlich der **Zulässigkeit der technischen Änderung des Netzanschlusses**, hatte darüber die Verwaltungsbehörde zu entscheiden

13.11.2012, [2010/05/0151](#)

BauO für Wien; behördlicher **Auftrag zur Baueinstellung**, weil aus der erteilten Bewilligung weder die unstrittig vorgenommenen Abbrucharbeiten noch der geplanten Wiedererrichtung des Dachstuhls hervorgeht; der **Grund für die bewilligungslose Bauführung** ist für die Anordnung der Baueinstellung **unerheblich**; bei Vorliegen eines bewilligungslosen Baus besteht **kein Ermessensspielraum**; auch bauliche Maßnahmen zur Instandsetzung unterliegen der Bewilligungspflicht; kein Abschluss der bewilligungslosen Arbeiten

13.11.2012, [2010/05/0176](#)

BauO für Wien; Auftrag zur Entfernung eines wintergartenähnlichen Zubaus erging unter der Annahme, bei der Baulichkeit handle es sich um ein **Superädifikat**, nicht an den Grundeigentümer; Bf kann damit nicht als Rechtsnachfolger der Grundeigentümerin im Eigentum an der Liegenschaft herangezogen werden; auch die Zustellung des an eine andere (juristische) Person gerichteten Titelbescheids vermag den Beseitigungsauftrag an den Grundeigentümer nicht zu ersetzen

13.11.2012, [2010/05/0218](#)

BauO für Wien; **VVG**; ein **nachträgliches Baubewilligungsgesuch** hindert zwar nicht die **Erlassung eines Abtragungsauftrags**, ein solcher kann aber während der Anhängigkeit eines entsprechenden Ansuchens und nach Erteilung einer nachträglichen Bewilligung nicht (mehr) vollstreckt werden; um die Vollstreckung des Abtragungsauftrages zu hindern, muss die nachträgliche Bewilligung jedoch jenes Bauwerk zum Gegenstand haben, dessen Vorschriftswidrigkeit im Titelverfahren festgestellt wurde; eine Härteklausele ist nicht vorgesehen

13.11.2012, [2011/05/0153](#)

NÖ BauO; Abweisung eines Antrags auf Erteilung einer **Baubewilligung** durch den Stadtsenat im Devolutionsweg; **keine Berufungsmöglichkeit** gegen diesen Bescheid, weil eine Berufung durch eine besondere gesetzliche Regelung ausgeschlossen ist; Bebauungsplan basiert auf ausreichender Grundlagenforschung; Vorbringen zur Bauführung auf dem Nachbargrundstück betrifft ein abgeschlossenes Verfahren

13.11.2012, [2011/05/0193](#)

BauO für Wien; **ZustellG**; **Wiedereinsetzungsbegehren** des Bf aufgrund eines **Zustellmangels**; Zustellung gilt als vollzogen, wenn der Bescheid tatsächlich in die Verfügungsgewalt des Empfängers gelangt, damit beginnt die Beschwerdefrist zu laufen; **Verpflichtung zur Errichtung eines Gehsteiges** entsteht von Gesetz wegen, es spielt keine Rolle, ob der Behörde hinsichtlich der verfahrensgegenständlichen Grundfläche eine Verfügungsberechtigung zukommt; Lastenfreiheit ist idZ nicht von Bedeutung

13.11.2012, [2012/05/0124](#)

BauO für Wien; **VVG**; **Verpflichtung einen Weg straßenmäßig herzustellen**, zu erhalten, zu reinigen und zu beleuchten und ebenso die notwendigen Einbauten herzustellen und zu erhalten; Exekutionstitel ist auch dann ausreichend bestimmt, wenn ein Fachkundiger weiß, welche Maßnahmen durchzuführen sind; exekutive Durchsetzung setzt die Entfernung eines Tors und eines Carports voraus; Bescheid hinsichtlich der **Erhaltungs- und Reinigungspflicht**, der **Einbauten** und der **Beleuchtung** rechtswidrig

13.11.2012, [2012/05/0184](#)

AVG; Bf brachte einen mit **Mängel behafteten Antrag** im Wissen um den Mangel neuerlich ein; Bauansuchen leidet somit nicht an einer durch Unkenntnis der Rechtslage oder ein Versehen verursachten Mangelhaftigkeit; **keine Verletzung der Manuduktionspflicht**; Unterlassung der Vorlage der Zustimmung der Grundeigentümerin; durch die Zurückweisung wurde der Antrag, nicht aber das Thema erledigt: einem neuerlichen Antrag stünde die **Unwiederholbarkeit des Verfahrens** nicht entgegen

13.11.2012, [2012/05/0193](#)

NÖ BauO; div Einwendungen gegen ein Bauvorhaben; rechtliche Stellung des Bf ergibt sich aus einem **Servitutsanspruch bezüglich einer Zufahrtsstraße** und ist daher am privatrechtlichen Weg zu klären; ein Nachbar hat **keinen Rechtsanspruch** darauf, dass die Baupläne in jeder Hinsicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[06.12.2012, Rs C-562/11, SEPA](#)

Landwirtschaft – Verordnung (EWG) Nr 3665/87 – Art 11 – **Ausfuhrerstattungen** – Erstattungsantrag bezüglich einer Ausfuhr, für die kein **Erstattungsanspruch** besteht – **Verwaltungsrechtliche** Sanktion

[06.12.2012, Rs C-457/10 P, AstraZeneca / Commission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Missbrauch** einer beherrschenden Stellung – Markt für **Magengeschwür-Arzneimittel** – **Missbrauch** der Verfahren zur Erlangung ergänzender **Schutzzertifikate** für Arzneimittel und zur Erlangung einer Genehmigung für das **Inverkehrbringen** von Arzneimitteln – Irreführende Darstellungen – Widerruf von **Genehmigungen** für das Inverkehrbringen – Hindernisse für das Inverkehrbringen von **Generika** und für Paralleleinfuhren

[06.12.2012, Rs C-441/11 P, Commission / Verhuizingen Coppens](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – ex-Art 81 EG und 53 des EWR-Abkommens – Belgischer Markt für internationale **Umzugsdienste** – Kartell, das aus drei **Einzelvereinbarungen** besteht – Einheitliche und fortgesetzte **Zuwiderhandlung** – Fehlender Nachweis der Kenntnis eines an einer Einzelvereinbarung Beteiligten von den übrigen Einzelvereinbarungen – Teilweise oder vollständige **Nichtigerklärung** der Entscheidung der Kommission – Art 263 AEUV und 264 AEUV

[06.12.2012, Rs C-430/11, Saqor](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Richtlinie 2008/115/EG** – Gemeinsame Normen und Verfahren im Bereich der **Rückführung** illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – Nationale Regelung, die eine **Geldstrafe** vorsieht, die durch eine Abschiebungstrafe oder einen **Hausarrest** ersetzt werden kann

[06.12.2012, Verb Rs C-356/11 und C-357/11, O und S](#)

Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Richtlinie 2003/86/EG – Recht auf **Familienzusammenführung** – Minderjährige Unionsbürger, die sich mit ihren Müttern, die Drittstaatsangehörige sind, in dem Mitgliedstaat aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen – **Daueraufenthaltsrecht** der Mütter, denen das ausschließliche Sorgerecht für die Unionsbürger übertragen wurde, in diesem Mitgliedstaat – Neue Zusammensetzung der Familien nach einer **erneuten Eheschließung** der Mütter mit Drittstaatsangehörigen und der Geburt von Kindern, die aus diesen Ehen hervorgegangen und ebenfalls Drittstaatsangehörige sind – Antrag auf Familienzusammenführung im **Herkunftsmitgliedstaat** der Unionsbürger – **Verweigerung** des Aufenthaltsrechts der neuen Ehegatten mangels ausreichender Einkünfte – Recht auf Achtung des Familienlebens – **Berücksichtigung** des Kindeswohls

[06.12.2012, Rs C-285/11, BONIK](#)

Mehrwertsteuer – **Richtlinie 2006/112/EG** – Recht auf **Vorsteuerabzug** – Versagung

[06.12.2012, Rs C-152/11, Odar](#)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Richtlinie 2000/78/EG** – Verbot jeder Diskriminierung wegen des Alters und einer Behinderung – **Entlassungsabfindung** – Sozialplan, der die Minderung des **Abfindungsbetrags** für behinderte **Arbeitnehmer** bei Entlassung vorsieht

[06.12.2012, Verb Rs C-124/11, C-125/11 und C-143/11, Dittrich](#)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Nationale Regelung** – Beihilfe, die Beamten in **Krankheitsfällen** gezahlt wird – **Richtlinie 2000/78/EG** – Art 3 – Geltungsbereich – Begriff des Arbeitsentgelts

B. Schlussanträge

[06.12.2012, Verb Rs C-335/11 und C-337/11, Ring \(GA Kokott\)](#)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Richtlinie 2000/78/EG** – Verbot der Diskriminierung wegen einer **Behinderung** – Begriff der Behinderung – Abgrenzung Krankheit und Behinderung – Angemessene **Vorkehrungen** für Menschen mit Behinderung – Mittelbare **Diskriminierung** – Rechtfertigung

[06.12.2012, Rs C-254/11, Shomodi \(GA Villalón\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Kleiner **Grenzverkehr** an den Landaußengrenzen der Union – Verordnung (EG) Nr 1931/2006 – Art 5 – **Grenzbewohner** – Berechnung der Höchstdauer für einen zulässigen **ununterbrochenen Aufenthalt** – Bilaterales Abkommen – Höchstdauer von drei **Monaten** für einen ununterbrochenen Aufenthalt innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten – Achtung des Privatlebens – Art 7 der Charta – Art 8 EMRK – Freier Grenzübertritt – Berechtigte **Gründe** – Prävention und Ahndung von **Missbräuchen** – Angemessener Ausgleich

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

VI. Veranstaltungen

[Symposium „Rechtliche Aspekte der Euro Rettung“](#)

14.12.2012, 13.45 bis 17.15 Uhr, JKU Linz; Veranstalter: Institute für Staatsrecht und Politische Wissenschaften, Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre und Finanzrecht, Steuerrecht und Steuerpolitik; Referate: Univ.-Prof. Dr. Nicolas Raschauer, Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer, Univ.-Prof. DDr. Georg Kofler, Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Wiss.-Mit. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.